Schweiz im Ersten Weltkrieg: Soziale Schichten und Konkordanz

Kapitel 1: Lebenssituation

**Die Not der Bevölkerung in der Analyse**

Für einen solchen Wirtschaftskrieg waren die schweizerischen Behörden alles andere als gut vorbereitet. Kurz nach Kriegsausbruch stockte die Einfuhr lebensnotwendiger Nahrungsmittel und liess die schweizerische Nahrungsmittelversorgung mit einer Getreidereserve von nur 14 Tagen zurück. Aus eigenem Anbau konnten nur 16 Prozent des Bedarfs gedeckt werden. So stiegen die Preise schon vier Monate nach Kriegsausbruch erheblich an, und die Preiskurve stieg steil aufwärts. Ein Kilo Brot kostete vor Ausbruch des Krieges 34 Rappen und im Dezember 1914 schon 46 Rappen. 1917 waren es schon 70 Rappen und Mitte 1918 trotz hoher Einfuhren aus Übersee schon 75 Rappen. «Noch nie» – meinte der Bundesrat in seinem ersten Neutralitätsbericht 1914 – «sind die Folgen unserer ungünstigen geografischen Lage und des Mangels an Rohstoffen in so schwerer Weise zutage getreten, als in der gegenwärtigen Krise.» Dennoch sah der Bundesrat von einem Getreidemonopol zur Minderung der Notlage ab und traf lediglich Vorkehrungen zur Lagerung von Vorräten hauptsächlich für die Armee und nur am Rande für die Zivilbevölkerung. Dazu kam die unzureichende Verteilung auf kantonaler Ebene: «Die Bundesbehörden mussten die Erfahrung machen, dass vielerorts von den kantonalen Kontrollorganen eine ganz ungenügende, da und dort sogar überhaupt keine Überwachung ausgeübt wird. Die Zahl der Übertretungen der Brotversorgungsvorschriften und der Höchstpreise ist beständig im Zunehmen begriffen.»

Die bundesrätliche Politik hinkte in der Brotversorgung der ökonomischen Entwicklung nach. Erst am 15. Februar 1917 erliess der Bundesrat ein Verbot für den Verkauf von frisch gebackenem Brot, im Juni gestattete er nur noch den Verkauf von zwei Tage altem Brot, und erst im Oktober 1917 erfolgte die von der Sozialdemokratie schon lange geforderte Rationierung von Brot und Mehl. Die Rationierung von Milch, Milchprodukten, Fetten, Speiseölen erfolgte noch später, im Frühjahr 1918, und im November desselben Jahres wurden schliesslich Reis, Zucker, Mais, Hafer, Hafer- und Gerstenprodukte rationiert. «Zur höchsten Anstrengung aller Kräfte im Dienste der einheimischen Nahrungsmittelproduktion» setzte die Konferenz der Bundesbehörden 1917 den Mehranbau in Kraft, um Landwirtschaft und Gartenbau zu forcieren – der Erfolg war begreiflicherweise bescheiden.

Der Wegfall des täglichen Brotes, die massive Verteuerung von Käse und Milchprodukten sowie die unzureichende Gemüseversorgung wog im einfachen Haushalt mit niedrigem Einkommen schwer. Es handelte sich nicht mehr um die Einführung fleischloser Tage, sondern um das Durchhalten während fleischloser Wochen. Kartoffeln als Brotersatz waren – falls sie nicht fehlten – nur schlecht zu kochen, da die Heizmaterialien unsinnig teuer wurden, alte Kleidungsstücke mangels Stoff nicht mehr ersetz- und flickbar. Der Sozialistenführer Robert Grimm erfasste die schwierige Situation schon 1914 in einem Brief an den Bauernführer Ernst Laur: «Die heutige Lage erheischt schwere Opfer jedes Einzelnen. Diese Opfer müssen von allen nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verhältnismässig getragen werden. Es darf nicht sein, dass die einen auf Kosten der andern Sondervorteile ziehen. Wenn Sie daher ausführen, dass die Produzenten vor Verarmung zu schützen seien, so gilt dies in gleichem Masse für die Konsumenten. Unter diesen werden die Arbeiter am härtesten von den Folgen der eingetretenen Störung des Wirtschaftslebens getroffen. Die Mehrzahl der Arbeiter konnte in den letzten Jahren keine Ersparnisse machen. […] Jetzt stehen die meisten Arbeiter entweder im Wehrdienst oder erwerbslos auf der Strasse. Für die Familien der Wehrpflichtigen sorgt notdürftig der Staat, hört aber der Dienst auf, so auch die Notunterstützung. Die andern Arbeiter sind mittellos vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an. Sie haben weder Barmittel noch, wie die Bauern, irgendwelche Nahrungsmittelvorräte. Kredit wird keiner gewährt.»

Die Preise für Nahrungsmittel stiegen in den Jahren 1914 bis 1919 auf mehr als das Doppelte. Davon waren insbesondere die unteren Schichten, die Frauen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Alte betroffen.

Regula Stämpfli: Mit der Schürze in die Landesverteidigung. Zürich 2002. 65–67, redigiert